IPG

US-WAHL 2016 21.10.2016 | Thomas Greven

Trostpreis: Medienmogul?

Die Wahl ist wohl verloren. Aber leiser wird es um Donald Trump nicht werden.

Niemand weiß mehr, was Donald Trump will; vielleicht noch nicht einmal er selbst. Klar scheint jedenfalls, Präsident der USA will er nicht werden. Zumindest nicht 2016. Mit seinen immer öfter geäußerten Vorwürfen, dass die anstehenden Wahlen gefälscht werden, und seiner Weigerung, sich zur Anerkennung des Ergebnisses der Wahl zu verpflichten, falls er verliert, hat er nicht nur bei Hillary Clinton Entsetzen ausgelöst. Trump stellt ohne jeden Versuch eines Beweises eine fundamentale Institution der amerikanischen Demokratie in Frage, freie, geheime und faire Wahlen. Er setzt damit konsequent fort, was von Beginn an markantes Kennzeichen seines Wahlkampfs war, die kompromisslose Mobilisierung des harten Kerns seiner Unterstützer. Im Vorwahlkampf hat er damit erfolgreich das ganze Feld seiner Konkurrenten abgeräumt, aber im Hauptwahlkampf gilt es für einen Präsidentschaftskandidaten, seine Wählerbasis zu verbreitern. Hillary Clinton, im Land ähnlich unbeliebt wie Trump, hat ihm die Tür dafür immer wieder weit aufgemacht, aber obwohl die Republikanische Partei im Grundsatz erkennt, dass sie ihre Basis unbedingt verbreitern muss, hat der polternde Trump sie eher verkleinert. Zwar mobilisiert er viele Wähler, die sonst am 8. November vielleicht zuhause geblieben wären – vor allem desillusionierte weiße Männer – aber er hat inzwischen einen so großen Teil der amerikanischen Bevölkerung und sogar seiner eigenen Partei verstört, dass er den Republikanern möglicherweise sogar ihre Mehrheit im Senat kosten wird.

Aber was ist dran an Trumps Vorwürfen eines abgekarteten Spiels? Lassen wir seine Behauptung, dass Hillary Clinton ins Gefängnis gehöre, einmal beiseite. Gibt es wirklich, wie Trump in der dritten Fernsehdebatte am 19. Oktober behauptete, Millionen von zu Unrecht registrierten Wählern? In den USA gibt es einen Witz darüber, wie Demokratische Wähler am Wahltag mobilisiert werden: „Wählt früh und oft!“ Dies geht historisch darauf zurück, dass aufgrund des Nativismus und Antikatholizismus der Republikaner die neuen Einwanderer im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert – viele von ihnen irische, italienische, polnische und deutsche Katholiken –

ihre politische Heimat bei den Demokraten fanden und auch die Neuankömmlinge aus diesen Einwanderergruppen in den großen Städten in die Klientelstrukturen der „politischen Maschinen“ integriert wurden. Der Preis für diese Integration war die Stimme am Wahltag. Es kursieren zahlreiche, mehr oder weniger gut belegte Anekdoten zu Wahlfälschungen: John F. Kennedy, der Illinois gegen Richard Nixon gewann, weil Chicagos Bürgermeister Daley am Ende genauso viele Stimmen lieferte, wie benötigt wurden, um die ländlichen Stimmen für Nixon auszugleichen. Oder Lyndon B. Johnson, später Kennedys Nachfolger im Weißen Haus, der eine Senatswahl in Texas mit acht Stimmen Vorsprung gewann, wobei sich Stimmzettel zu seinen Gunsten fanden, die alphabetisch sortiert und alle mit dem gleichen Stift ausgefüllt waren. Und ja, auch heute werden die US-Wahlen manipuliert. <link regionen nordamerika artikel detail du-nicht-1501>Allerdings von den Republikanern! Sie nutzen nämlich diese historischen Anekdoten, um Regelungen zu begründen, die gezielt die Wahlbeteiligung von Minderheiten und jungen Wählern unterdrücken, obwohl es schon seit Jahrzehnten keine Belege mehr für signifikante Wahlfälschung gibt.

Die letzte umstrittene Präsidentschaftswahl wurde 2000 vom Obersten Gerichtshof der USA zugunsten des Republikaners George W. Bush entschieden. Dieser hatte deutlich weniger Stimmen im Land erzielt als der Demokratische Vizepräsident Al Gore, aber im Wahlmännergremium ging es nur noch um die Mehrheit in Florida. Hier hatte der Oberste Gerichtshof von Florida eine Neuauszählung angeordnet, weil es Probleme mit den Wahlzetteln gab. Vor den Wahlbüros randalierten Republikaner, während sich Al Gore und die Demokraten auf ihre Anwälte verließen. Und obwohl eine knappe und eindeutig parteiische Mehrheit im Obersten Gerichtshof die laufende Neuauszählung stoppte und George W. Bush Florida und damit das Weiße Haus zusprach, verlor Gore sein Vertrauen in die Institutionen der USA nicht: er akzeptierte das Ergebnis, so fragwürdig es zustande gekommen war, um die amerikanische Demokratie nicht zu schädigen. Die Republikaner haben ihm und den Demokraten das nicht gedankt; die seit den 1990er Jahren zunehmend hasserfüllte und kompromissunfähige Polarisierung ging unvermindert weiter.

Trump hält sich bedeckt, was die Akzeptanz einer Niederlage angeht, aber was bezweckt er damit und mit seinen Vorwürfen der Wahlfälschung? Ist dies nur Herumjammern, wie Obama meint? Manche Beobachter meinen, dass es vor allem im Fall einer deutlichen Niederlage niemanden interessieren muss, ob Trump diese akzeptiert. In der Tat würde zum Glück der größte Teil der Republikanischen Wähler Trump bei einer Nichtanerkennung der Wahl wohl nicht folgen;

manche Strömungen in der Partei würden eine deutliche Niederlage sogar als Weckruf zur Erneuerung auffassen, darunter auch viele Konservative wie Glenn Beck und die Never Trump-Bewegung. Insbesondere der Wirtschaftsflügel drängt seit Jahren auf eine Öffnung der Partei vor allem in Richtung von Latinos und Asiaten. Vielleicht gibt es sogar eine Chance dafür, dass die Republikaner ihre seit Jahrzehnten betriebene Politik der Spaltung von Wählern entlang ethnischer Grenzen und kultureller Themen beenden (selbst Trump überraschte damit, dass er die klassischen kulturellen Spaltungsthemen der Republikaner kaum noch einsetzte).

Was hat Trump mit seinen kompromisslosesten Anhängern im Falle einer Niederlage vor?

Eines ist sicher, als Verlierer wird Trump sicher nicht die Republikanische Partei bis zu den Kongresswahlen 2018 führen, weder die Partei noch er selbst haben daran ein Interesse. Aber was passiert mit dem harten Kern von Trumps Unterstützern? Trump spricht ständig von einer „Bewegung", zudem hat er eine konsequente Distanzierung zu Elementen der extremen Rechten verweigert und ein Teil seines Wahlkampfteams und seiner Unterstützer kommt aus dem Graubereich. Was hat Trump mit seinen kompromisslosesten Anhängern im Falle einer Niederlage vor? Ist der friedliche Machtwechsel – die wichtigste demokratische Errungenschaft – in Gefahr, wenn er sie zum Protest auffordert? Aufforderungen zu Gewalt hat es bei Trump-Veranstaltungen schon gegeben. Es geht selbstverständlich um eine Minderheit der amerikanischen Bevölkerung – nicht um die 40 Prozent, die trotz aller Skandale auch jetzt noch Trump wählen wollen. Dies sind nämlich 40 Prozent der Menschen, die in Umfragen angeben, dass sie wählen wollen (und das sagen nur um die 60 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung). Unter ihnen finden sich zudem viele, die mehr oder weniger widerwillig den Republikanischen Kandidaten unterstützen, weil sie als treue Republikaner vor allem Hillary Clinton verhindern wollen.

Wir können nicht genau wissen, wie viele Menschen Trump in eine „Bewegung" folgen würden. Aus Umfragen des Pew Research Centers wissen wir aber, dass 16 Prozent der Trump-Unterstützer sagen, dass die

zunehmende Vielfalt sehr schlecht für das Land ist; 35 Prozent sagen, dass Immigranten Amerikanern die Arbeit wegnehmen. Wir wissen, dass die entschlossensten Trump-Anhänger die demokratischen Institutionen und die politischen Eliten ablehnen. Sie neigen zu Verschwörungstheorien und informieren sich ausschließlich in Medien, die ihnen nur ihre eigenen Meinungen und Emotionen zurückspielen und diese verstärken. Wie Trump leben sie in einer Art alternativen Realität und sind für Argumente und Fakten kaum noch zugänglich. Viele hören seinen Wahlspruch „Make America great again“ vermutlich als „wir machen Amerika wieder weiß, männlich und heterosexuell“. Wir wissen vor allem auch, dass der harte Kern seiner Unterstützer allesamt Waffenbesitzer sind; manche von ihnen arbeiten sogar bei der Polizei oder beim Militär, sind bei der National Guard oder bei privaten Bürgerwehren oder fragwürdigen Vereinen. Schon während der Präsidentschaft Obamas sind die Bedrohungen für den Präsidenten massiv gestiegen. Aus dieser Gemengelage lässt sich durchaus eine ernsthafte Gefährdung der amerikanischen Demokratie und Gesellschaft lesen.

Doch würde Trump tatsächlich die Rolle eines amerikanischen Mussolini einnehmen wollen, des Führers einer proto-faschistischen Bewegung? Er ist vor allem Unternehmer, er wird nicht müde dies zu betonen. Zudem ist es wahrscheinlich, dass er im Grunde die Menschen, die den harten Kern seiner Unterstützer ausmachen, verachtet, denn sie sind aus seiner Sicht ja Verlierer, nicht Gewinner wie er selbst. Finden sich Video- und Tonaufnahmen, die seine sozialdarwinistische Herablassung dokumentieren, könnten diese sogar in die alternative Realität seiner Unterstützer vordringen und ihn auch bei diesen entzaubern. Viel wahrscheinlicher als eine von Trump geführte politische Bewegung ist also eine weitere Monetarisierung der Marke „Trump“ durch die Gründung eines entsprechenden Medienimperiums, zur Zementierung und zum Ausbau einer alternativen Realität im postfaktischen Zeitalter. Auch keine schöne Aussicht.



Thomas Greven

Berlin

Dr. Thomas Greven ist Privatdozent für Politikwissenschaft am Kennedy-Institut der FU Berlin und selbstständiger Autor und Politikberater.

5 LESERBRIEFE

Galgenstein schrieb am 24.10.2016

Die Monetarisierung der Marke Trump war bis noch jedes Mal ein Reinfall für seine Anleger. Pleiten pflastern seinen Weg. An dieser Stelle kann man also in aller Ruhe einer marktwirtschaftlichen Lösung des Problems Trump harren.
Schwieriger wird es mit seinen Anhängern werden, denn es ist unklar wo diese in Zukunft ihre politische Heimat finden werden.

Gerd Weghorn schrieb am 26.10.2016

Sie schreiben: "Und obwohl eine knappe und eindeutig parteiische Mehrheit im Obersten Gerichtshof die laufende Neuauszählung stoppte und George W. Bush Florida und damit das Weiße Haus zusprach, verlor Gore sein Vertrauen in die Institutionen der USA nicht: er akzeptierte das Ergebnis, so fragwürdig es zustande

gekommen war, um die amerikanische Demokratie nicht zu schädigen." Was ist für Sie am amerikanischen Wahlverfahren "demokratisch"?! Welche Vorstellung von "Demokratie" wollen Sie mir verkaufen?! Dass es dem Establishment der USA - ich spreche von den Herrschenden und ihren Funktionseliten - schnurzpiepegal ist, wem sie für die Probleme ihres Systems letztlich „die Schuld“ zuschieben können: das müsste sich eigentlich auch bis zu Ihnen herumgesprochen haben?!

Armin von+Thal schrieb am 27.10.2016

Eine Empfehlung, Herr Greven :
Arbeiten Sie Sich mal durch einen (laengeren) Kommentar des Herrn Robert F. Kennedy Jr. durch ! Kennedy Jr. ist Sohn des Bruders von JFK, der auch ermordet worden ist (Zeitzeuge), amerikanischer Journalist und liberaler Patriot (notabene) !
Name des Artikels : "Why the Arabs don't want US in Syria" !
Der Artikel hat nur indirect mit Ihrem Kommentar zu tun, aber, er erzieht zur Nachdenklichkeit, zumal dann, wenn man durch den Konsum des liberalen "Presse-

Mainstreams" den Blick fuer Realtaeten verloren hat! Mir erging es kuerzlich so: Ich fange an zu fragen, wofuer Clinton, oder Trump , oder ihre Stellvertreter (Berater) stehen ! Die machen ja Politik nicht allein ! Bei Clinton, weiss man es, bei Trump nicht!

Georg schrieb am 02.11.2016

Trump liegt in den Umfragen in den USA vor HC.

Vincent schrieb am 09.11.2016

Hahaha, guter witz Donald Trump hat gewonnen. Dieser post kann langsam gelöscht werden

---